



#### **4. Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung**

Die Niederschrift der Sitzung vom 12.07.2021 wird mit 5 Enthaltungen bestätigt.

#### **5. Antrag Stadtrat Gunter Walther Überprüfung Ausgaben der rechtlichen Auseinandersetzungen zur Kreisumlage**

Herr Walther begründet seinen Antrag ausführlich. Er kann nicht nachvollziehen, weshalb sich Herr Risch als befangen erklärt und der Sitzung fern bleibt. Den Stadträten sollte unbedingt mitgeteilt werden, wie hoch die Gesamtkosten für die Beauftragung der Anwaltskanzlei waren.

Herr Reichel bezieht sich auf das Ergebnis des Disziplinarverfahren und die Stellungnahme des Rechtsamtes. Demnach sind rechtliche Schritte gegen den Oberbürgermeister nicht möglich. Dennoch sollten die Stadträte über die durch Herrn Risch verursachten Kosten zum Klageverfahren informiert werden.

Herr Riemer meint, dass mit Beauftragung einer Anwaltskanzlei zum Prüfen der Regressansprüche gegen den Oberbürgermeister, der Stadtrat den Fehler des Oberbürgermeisters wiederholen und Geld verschwenden würde. Dennoch sind die damals entstandenen Kosten mitzuteilen.

Herr Reichel beantragt die Vertagung des Antrages bis alle Kosten den Stadträten mitgeteilt werden. Dies soll zeitnah zum übernächsten Hauptausschuss erfolgen.

Herr Walther führt aus, dass ihm das Disziplinarverfahren nicht bekannt ist. Er behält sich weitere rechtliche Schritte gegen den Oberbürgermeister vor. Bei Anpassung der Hauptsatzung sollte der Verfügungsrahmen des Oberbürgermeisters verringert werden.

Die vorangegangene Drohung von Herrn Walther weitere rechtliche Schritte gegen Herrn Risch einzuleiten, will Herr Reichel nicht als Druckmittel gegen den Stadtrat zur Beschlussfassung verstehen.

Auf Rückfrage von Herrn Rauner teilt Herr Walther mit, dass er nun erst das Ergebnis des Disziplinarverfahren erfahren hat. Da seine Anträge in der Regel erst verspätet beraten werden, warnt er vor dem Verstreichen von Fristen zum Regressanspruch gegen den Oberbürgermeister.

Herr Bischoff weist Herr Walther auf die Einhaltung der Redezeit hin. Herr Walther verweist darauf, dass er sich zu falsch verstandenen Aussagen rechtfertigen musste.

Abstimmung zum Vertagen des Antrages zur übernächsten Sitzung des Hauptausschuss:  
dafür: 11    dagegen: 0    Enthaltung: 2

#### **6. Antrag Stadtrat Gunter Walther Rüge gegen den Oberbürgermeister Vorwort Amtsblatt**

Herr Walther begründet den Antrag ausführlich.

Herr Riemer meint, dass hierbei die verschiedenen Ebenen getrennt betrachtet werden müssen. Politisch ist die Verärgerung nachvollziehbar. Eine Rüge ist jedoch nicht das geeignete Mittel. Der Text von Herrn Risch ist mehrdeutig gefasst und kann von jedem anders wahrgenommen werden.

Herr Rauner verweist auf eine Kleine Anfrage im Landtag, welche ebenfalls aussagt, dass Herr Risch sich in der Form äußern kann. Außerdem konnte Herr Rauner in dem betroffenen Vorwort nicht feststellen, an welcher Stelle sich Herr Risch falsch verhalten haben sollte.

Herr Walther stellt abschließend fest, dass das Vorwort ein amtliches Verkündungsblatt ist und Beamte lediglich Befehle ausführen. Herr Risch hätte sich demnach nicht in dieser Weise äußern dürfen. Die Stadträte sollten sich mit der Technik der Kommunikation auseinandersetzen. Laut Geschäftsordnung kann der Stadtrat eine Rüge aussprechen und sollte davon auch Gebrauch machen.

Herr Bischoff unterbricht die Ausführungen von Herrn Walther und verweist auf die Redezeit.

### Beschlussempfehlung

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat der Weißenfels dem Oberbürgermeister, Robby Risch, eine Rüge wegen Missbrauchs des Amtsblatt der Stadt Weißenfels für seine darin verbreiteten, fragwürdigen und manipulativen Ansichten zur Corona Pandemie zu erteilen.

Abstimmung:            dafür: 0            dagegen: 13            Enthaltung: 0  
Damit wird der Antrag nicht empfohlen.

## **7. Beantwortung von Anfragen**

Folgende Antworten der Verwaltung liegen schriftlich vor:

- Beendigung Baumaßnahme Deichstraße
- Tempo-30 Begrenzung Beuditzstraße
- Abriss Zwiebelturm Kleingartenanlage
- Wildwuchs Kubastraße

## **8. Mitteilungen und Anfragen**

Frau Zwirnmann konnte der Presse entnehmen, dass in der ehemaligen MITROPA im Bahnhofsgebäude ein Jugendtreff entstehen soll. Damit ist sie nicht einverstanden. Da in der Bahnhofsstraße auch im Tagesbereich das Dealing mit Drogen beobachtet werden kann, ist der Ort denkbar ungünstig für einen Jugendtreff.

Dem schließt sich Herr Rauner an. Er erwartet zum nächsten Hauptausschuss eine Information seitens der Verwaltung zu den Plänen und ob eine Beschlussfassung vorgesehen ist.

Herr Reichel fragt nach dem Stand zur Neufassung Hauptsatzung. Eine gemeinsame Beratung mit den Ortsbürgermeistern und Fraktionsvorsitzenden steht aus.

Herr Mämecke führt aus, dass eine Stellungnahme der Kommunalaufsicht noch aussteht. Es gibt rechtliche Bedenken wie der Wunsch der Ortsbürgermeister für ein investives Budget umgesetzt werden soll. Dennoch sollte die Beratung der Ortsbürgermeister mit den Fraktionsvorsitzenden nun stattfinden.

Die Ortsbürgermeister stellen Fragen zu den Aussagen von Herrn Mämecke, jedoch sollte die Diskussion zu einem späteren Zeitpunkt geführt werden.

In Vertretung für Herrn Papke berichtet Herr Rauner, dass nach einem Aufruf des Unternehmens Birkenstock Kontakt hergestellt wurde. Das Unternehmen sucht nach Standorten in Ostdeutschland. Falls die Firma bei der Stadt Weißenfels vorstellig wird, bittet Herr Papke um Rückinfo.

Herr Risch ist diesbezüglich mit Herrn Papke im Gespräch.

Ende der öffentlichen Sitzung.

## **Öffentlicher Teil**

### **Öffentlicher Teil**

#### **9. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

Es sind keine Einwohner anwesend.

#### **10. Schließung der Sitzung**

Der Oberbürgermeister schließt die Sitzung.

Andreas Bischoff  
1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters

Anja Bechmann  
Protokollführerin